

Das hat das Programm "Soziale Stadt" bisher bewirkt

"Soziale Stadt" bundesweit: Erste Erfolge, doch es bleibt noch viel zu tun



Auf die wachsende soziale und räumliche Spaltung in den Städten reagierten Bund und Länder 1999 mit dem Programm "Soziale Stadt". Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde beauftragt, als Beratungs- und Informationsagentur die erste Umsetzungsphase zu begleiten. Hier ein kleiner Einblick ins Resümee des Instituts.

Lebens- und liebenswerte Kieze sind das eine Ziel des Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt". Die klassische baulich orientierte Städtebauförderung wird damit um eine soziale, ökonomische und ökologische Komponente erweitert: Die bundesweit mittlerweile über 300 geförderten Stadtteile sollen durch eine Vielfalt von sozialen Maßnahmen und eine verbesserte Bürgerbeteiligung wieder belebt werden - auch um die "Abstimmung mit dem Möbelwagen", also den Fortzug der Besserverdienenden und gesellschaftlich besser Integrierten aus diesen Stadtteilen zu verhindern.

Andererseits geht es darum, alle für das jeweilige Gebiet zuständigen Ämter und Institutionen an einen Tisch zu bekommen und vorhandene Fördermittel und Knowhow gebündelt und zielgerichtet einzusetzen (Stichwort „Integriertes Handlungskonzept“). Damit soll auch eine neue Form von gebietsbezogener, ämterübergreifender und damit bürgernahe Politik erprobt werden.

Das **Difu** wurde beauftragt, ein bundesweites Netz für den Erfahrungsaustausch aufzubauen und die Beteiligten in sechzehn ausgewählten Modellgebieten zu unterstützen und zu begleiten. Im Juni 2003 legten die Wissenschaftler/innen ihren Endbericht dazu vor.

Wichtigstes Fazit: In den Quartieren herrscht Aufbruchstimmung und es hat sich dort viel getan. Vor allem das Instrument "Quartiersmanagement" als Motor für die Umsetzung wird von Bewohnerschaft und Kommunen als Erfolg gesehen. Die kontinuierliche Arbeit der Quartiersmanager vor Ort sei auch eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme, und die Bürger/innen fühlten sich mit ihren Problemen ernst genommen.

Während sich also die Stimmung in den Quartieren deutlich verbessert hat, ist die Situation vor Ort langfristig nur zu verbessern, wenn die allmählich greifenden Maßnahmen und Beteiligungsstrukturen verstetigt werden können und auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen.

Vor-Ort-Büros seien als "Anlauf- und Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement sowie Rückgrat der Akteursvernetzung für die längerfristige Perspektive des Stadtteils unverzichtbar". Sie müssten daher einerseits besser ausgestattet und andererseits auch in Zukunft gefördert werden.

Die verbesserte Bürgerbeteiligung wird in 90% der befragten Programmgebiete als Erfolg gewertet. Besonders wirksam sei es, den Stadtteilen ein eigenes Budget zur Verfügung zu stellen, über das die Bewohnerschaft selbst verfügen kann. Mit kleineren Verfügungsfonds (ca. 15.000 Euro pro Quartier) oder dem Berliner Quartiersfonds (einmalig 500.000 Euro pro Quartier) wurden sehr gute Erfahrungen gemacht.

Allerdings konnten bisher noch nicht alle Bewohnergruppen - so zeigen z.B. Bürger/innen nicht-deutscher Herkunft oft eher weniger Interesse an einer aktiven Beteiligung- dazu gewonnen werden, sich an der Entwicklung ihres Stadtteils zu beteiligen.

Und auf kommunaler Ebene gibt es noch Einiges zu tun: Die anfängliche Skepsis gegenüber gebietsbezogener ressortübergreifender Zusammenarbeit ist zwar laut einer Umfrage bei den beteiligten Kommunen inzwischen breiter Zustimmung gewichen. Es sei laut Difu jedoch wünschenswert, dass die begonnene Zusammenarbeit zwischen den Fachbehörden fortgeführt und verbessert wird.

Das Institut kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Herausforderungen in den "Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf" - schon aufgrund der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung - eher zugenommen haben und noch zunehmen werden. Auch wenn die Haushaltslage in den Kommunen angespannt ist, sollten diese Gebiete nicht nur finanziell noch stärker gefördert werden. Lokale Aktivitäten seien aber noch intensiver als bisher mit der gesamtstädtischen Politik zu verknüpfen.

Die Bilanz des Difu: "Die Programmgebiete übernehmen einerseits die Gesamtstadt entlastende Funktionen, indem sie Wohnort für Menschen sind, die anderswo keine Wohnung bekommen, andererseits dienen sie als Experimentierfeld für eine zukunftsfähige Entwicklung der Städte. Dies schon legitimiert einen verstärkten Ressourceneinsatz, der auch noch durch die besondere Problemdichte in den Quartieren begründet ist."

Den gesamten „Endbericht: Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven - Umsetzung des Bund-Länder-Programms 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt'" (Berlin, Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; Juni 2003) finden Sie im Internet unter www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/endbericht.

Text: Anne Wispler, Grafik: "Soziale Stadt"